

Doris Ahnen im Interview

„Zügige Planung fürs Bürgerhaus“

■ Die Mainzer Stadtteile zeichnen sich durch ein buntes Vereinsleben aus. Doch für bürgerschaftliches Engagement brauchen die Menschen auch einen Ort, an dem sie sich treffen, feiern und engagieren können. Was kann eine Landtagsabgeordnete dafür tun?

■ Eine ganze Menge – beispielsweise wenn es um Zuschüsse von Land oder Bund geht. Mit 20 Millionen Euro aus dem Kommunalen Investitionsprogramm 3.0 stehen endlich dringend benötigte Mittel für die Bürgerhäuser in Hechtsheim, Lerchenberg, Finthen und Weisenau sowie für die Ebersheimer Töngeshalle zur Verfügung. Jetzt kommt es darauf an, dass zügig mit den Planungs- und Bauarbeiten begonnen werden kann. Bürgerhäuser sind Orte des sozialen Zusammenhalts. Nach jahre-

langen Diskussionen gibt es jetzt endlich eine konkrete Perspektive für Finthen.

■ Mainz ist in Sachen Bildung gut aufgestellt: Hochschulen mit hervorragender Lehre und Forschung, Schulen, die auf Landes- und Bundesebene ausgezeichnet werden, und Kindertagesstätten, in denen Kinder nicht nur betreut werden, sondern auch Bildung und Sprachförderung bekommen. Was kann noch besser werden?

■ Zunächst einmal darf es nach der Wahl nicht schlechter werden, z.B. durch Gebühren für den Kindergarten, wie sie die CDU fordert. Bildungschancen dürfen sich nicht am Einkommen der Eltern bemessen. Die SPD bleibt der Garant für gebührenfreie Bildung – von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule. Nur so können wir allen

Kindern gerecht werden, die bei uns aufwachsen. Darüber hinaus sollten wir unsere Kindertagesstätten und Schulen dabei unterstützen, ihre großartige Arbeit bei der Integration von Flüchtlingskindern weiterzuführen. Unsere Erzieherinnen und Erzieher und unsere Lehrkräfte leisten einen unschätzbaren Dienst für die Zukunft und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Und sie bereiten die Schülerinnen und Schüler auf Ausbildung und Beruf vor – unsere Fachkräfte von morgen.

■ Die Bevölkerung in Mainz wächst stetig. Die Unternehmen suchen Arbeitskräfte, unsere Hochschulen ziehen viele junge Leute an. Wohnraum hingegen ist knapp und teuer. Wie können Sie als Landtagsabgeordnete bei hohen Mieten und fehlenden Wohnungen gegensteuern?

■ Die SPD-geführte Landesregierung hat ein Programm zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus aufgelegt, das in den nächsten Jahren zu mehr Entspannung auf dem Wohnungsmarkt führen wird. Im laufenden Jahr fördert das Land ca. 4.200 Wohnungen im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus. Hiervon kann Mainz besonders profitieren, da hier die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum sehr hoch ist. Wenn dann noch neue Wohngebiete wie das Heiligkreuz-Areal oder in Hechtsheim und Ebersheim fertiggestellt sind, sind wir schon ein gutes Stück weiter. Zudem habe ich mich dafür eingesetzt, dass die Mietpreisbremse in Mainz umgesetzt wird, damit die Mieten nicht weiter explodieren.

FÜR BETEILIGUNG

„Vernunft, Wissen, Kompromissbereitschaft“

Mainz steht gut da

Als weiteres gutes Zeugnis für die Stadt Mainz bewertet die SPD den Vergleich der 16 Landeshauptstädte, den der Statistische Dienst der Landeshauptstadt Potsdam vorgelegt hat. Mainz steht in der Reihe der Städte wie München oder Hannover, Düsseldorf oder Stuttgart sehr gut da. Unsere Stadt ist sicher, wirtschaftlich stark und jung, sie wächst und zeichnet sich als Stadt für Studierende aus. Dass uns eine unabhängige Untersuchung anhand vieler Kennzahlen eine insgesamt gute Position bescheinigen kann, folgt aus den gemeinsamen Anstrengungen von Kommunalpolitik, Wirtschaft und Bürgerschaft. Die brandenburgische Landeshauptstadt Potsdam veröffentlicht seit über zehn Jahren einen statistischen Vergleich der Hauptstädte aller deutschen Länder. Er erlaubt es, die Städte einzuordnen und mögliche Schlussfolgerungen für künftige Entscheidungen zu ziehen. Danach weist die Kriminalstatistik Mainz als eine der sichersten Städte aus. Weiter bescheinigt der Vergleich der rheinland-pfälzischen Metropole eine hohe Erwerbsquote und eine niedrige Arbeitslosenquote. Zudem ist Mainz mit einem Durchschnittsalter von 41,1 Jahren die jüngste aller Landeshauptstädte.

Am 13. März sind Landtagswahlen!

Am Wahltag verhindert? Briefwahl nicht vergessen!

Wenn Sie am Wahltag verhindert sind, nutzen Sie bitte die Briefwahl. Auf der Rückseite Ihrer Wahlbenachrichtigung befindet sich der Wahlscheinantrag. Diesen füllen Sie bitte aus und unterschreiben ihn. Sie können ihn bei der Verwaltung selbst abgeben oder in einem Briefumschlag schicken. Sie können den Antrag auch online unter www.mainz.de, per E-Mail an briefwahlbuero@stadt.mainz.de oder persönlich bei der Stadtverwaltung stellen! Eine telefonische Antragstellung ist nicht möglich.



Doris Ahnen und Johannes Klomann mit dem Generalsekretär der rheinland-pfälzischen SPD Jens Guth (links)

Die Mainzer SPD wirbt für das Engagement möglichst vieler Menschen in der Demokratie. „Demokratie lebt von der Teilhabe und der aktiven Beteiligung“, sagt Michael Ebling, SPD-Vorsitzender und Oberbürgermeister. „In unserer Welt gibt es für die großen Herausforderungen keine einfachen Lösungen. Den richtigen Weg zur Lösung eines Problems zu finden, erfordert Vernunft, Wissen und Kompromissbereitschaft. Je mehr Menschen sich beteiligen, umso besser sind die Aussichten, die

bestmöglichen Ergebnisse zu erreichen. Die Mainzer SPD mit ihren beiden Landtagskandidaten Doris Ahnen und Johannes Klomann wird jetzt – und darüber hinaus auch nach der Wahl – für das demokratische Engagement werben. Wir wollen mehr Bürgerinnen und Bürger dafür gewinnen, sich selbst um politische Fragen zu kümmern. Die Mainzer SPD bietet dazu eine Plattform.“ Dass mehrere rechtsgerichtete Parteien bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz kandidierten, sei

ein Alarmsignal. Unabhängig von ihrer jeweiligen Schattierung seien die Angebote dieser Parteien keinesfalls lösungsorientiert. „Die Rechten bedrohen unsere Demokratie und unsere Freiheit ebenso wie unseren wirtschaftlichen Wohlstand und unseren Sozialstaat“, sagt Ebling. „Wir dürfen nicht vergessen, dass wir die hervorragenden Lebensbedingungen, die wir genießen und die ohne historisches Vorbild sind, den großen, über viele Generationen hinweg unternommenen Anstrengungen für die Demokratie und für die europäische Einigung verdanken. Das dürfen wir nicht aufs Spiel setzen – aber genau das würden wir tun, wenn wir den rechtsgerichteten Parteien politischen Einfluss einräumen würden.“

Die Mainzer SPD werde deshalb die Werte herausstellen, auf denen Staat und Gesellschaft gründeten. Sie werde keine einfachen Lösungen präsentieren, sondern Beteiligung und Mitarbeit in den Mittelpunkt stellen. „Das ist der schwierigere, aber bessere Weg.“



Der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz mit Doris Ahnen, Mainzer MdB, bei einer Veranstaltung an der Universität. Vor mehreren hundert Studierenden betonte Schulz den Wert der Einigung Europas.

BEZAHLBARER WOHNRAUM IN MAINZ

SPD begrüßt rheinland-pfälzische Bündniserklärung

Als wichtige Etappe auf dem Weg, auch in einem Ballungsgebiet wie Mainz bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, begrüßt die Mainzer SPD die am Dienstag unterzeichnete Bündniserklärung. Die Erklärung des Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen Rheinland-Pfalz weist in die richtige Richtung. Klar ist aber auch, dass das Ziel der Stadt Mainz, bis 2020 rund 6.500 Wohneinheiten für Menschen mit normalem oder geringem Einkommen zu schaffen, noch große Anstrengungen erfordert. Angesichts der ungebrochenen Attraktivität der Stadt Mainz als großem Universitätsstandort, als Industrie- und Dienstleistungszentrum und als Kulturmetropole ist dieses Ziel jedoch unumgänglich.

Die Affäre um das „Wohnklo“ in Mainz hat beispielhaft deutlich

gemacht, wie prekär die Lage auf dem Wohnungsmarkt in der Stadt

teilweise ist. Deshalb unterstützt die Mainzer SPD Stadtverband und Ampelkoalition bei allen notwendigen Schritten für mehr bezahlbaren Wohnraum. Dass in der Gesellschaft in dieser Frage inzwischen eine große Übereinstimmung herrscht, zeigt die Bündniserklärung deutlich. Wenn die mit dem Wohnungsbau befassten Verbände und Kammern sowie die kommunalen Spitzenverbände von der Landesregierung an einen Tisch gebracht werden und konkrete, praktisch umsetzbare Schritte beschließen und wenn die Landesregierung gleichzeitig die eigenen Maßnahmen deutlich ausweitet, dann ist das für die wohnungssuchenden Menschen in den Ballungsräumen des Landes eine gute Nachricht.



Bundesumweltministerin Barbara Hendricks informiert sich in Mainz über das Programm „Soziale Stadt“. Gemeinsam mit MP Malu Dreyer, OB Michael Ebling und Johannes Klomann, Mainzer MdB, besuchte Hendricks, die auch für den Städtebau zuständig ist, in der Neustadt Projekte am Goetheplatz und am Gartenfeldplatz.



Eröffnung des Energieparks in Mainz-Hechtsheim mit der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Im Energiepark, der größten Anlage dieser Art weltweit, wird mit Strom aus Windkraft Wasserstoff erzeugt. So kann erneuerbare Energie gespeichert werden.

Impressum: Seite 2 und 3 herausgegeben vom SPD-Unterbezirk Mainz, Michael Ebling (Vorsitzender), Klarastr. 15a, 55116 Mainz

Ebling: Große Leistung der Kommunen

Der Mainzer SPD-Vorsitzende und Oberbürgermeister Michael Ebling wirft Bundesinnenminister Thomas de Maizière Versagen in der Flüchtlingspolitik vor. „Wo die CDU in der Bundesregierung Verantwortung für den Umgang mit der Flüchtlingssituation trägt, zeigt sie mangelhafte Leistungen“, erklärt Ebling. Seine Kritik begründet er mit der Arbeitsweise des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge und der hohen Zahl unbearbeiteter Anträge. Damit gehe etwa die Forderung nach rascher Rückführung abgelehnter Flüchtlinge ins Leere. Wenn keine Bescheide vorlägen, könne auch keine Rückführung stattfinden. „Das kostet uns Millionen“, kritisiert Ebling. Gleichzeitig unterstreicht das Mainzer Stadt-

Leistungen der Kommunen in Deutschland bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation. „Dass wir die Herausforderung bewältigen, liegt nicht am Bund, sondern an den Städten und Gemeinden, die vor Ort für die Unterbringung der Flüchtlinge sorgen. Wir machen das ordentlich und gut.“ Er würdigt auch die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements für die Versorgung und Integration der Flüchtlinge. „Die Bürgergesellschaft zeigt Rückgrat.“ Mit Blick auf die Stadtverwaltung unterstreicht Ebling: „Trotz der großen zusätzlichen Leistungen, die die Stadt Mainz und ihre Mitarbeiter bewältigen müssen, bleibt keine andere städtische Aufgabe liegen. Alle kommunalen Pflichten werden erfüllt.“

125 Jahre SPD Finthen

„Die heute im Lokale des Herrn Burkard in Finthen tagende öffentliche Parteiversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Erfurter Parteitages voll und ganz einverstanden und spricht ferner ihr vollständiges Einverständnis mit dem Verhalten ihrer Delegierten Jöst und Konrad aus, welche das Parteiinteresse voll und ganz gewahrt haben. Die heutige Versammlung verpflichtet sich deshalb mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln danach hinzustreben, die Ideen der Sozialdemokraten zu verwirklichen.“ So heißt es in einer Resolution, die am 17. November 1891 beschlossen wurde.

Wie aus anderen Quellen zu schließen ist, gab es schon einige Zeit vorher Sozialdemokraten in Finthen. Das von Bismarck initiierte Sozialistengesetz verbot sozialistische sowie sozialdemokra-

tische Organisationen und Aktivitäten. Als aber ab Januar 1890 das Gesetz nicht mehr galt, waren die Sozialdemokraten in Rheinessen stärker als zuvor. Das gilt offenbar auch für Finthen. Mit Sicherheit

gibt es den Finther SPD-Ortsverein mindestens seit 1890. Wir nehmen daher das Jahr als Gründungsdatum an. Wir feiern allerdings unser 125-jähriges Bestehen erst, nachdem das Jahr 2015 vorbei ist,



Die Broschüre umfasst 64 Seiten im Format DIN A5.

die 125 Jahre also vollendet sind. In einer Festschrift zum Jubiläum haben wir einige Daten aus unserer Geschichte zusammengefasst. Außerdem kommen darin Mitglieder des Ortsvereins mit persönlich gehaltenen Beiträgen zu Wort. Die Idee dazu: Politik wird von Menschen gemacht. Deshalb könnte es neben einem geschichtlichen Rückblick vielleicht auch interessant sein, wie solche Menschen ticken – in diesem Fall einige Menschen an der politischen Basis.

Liebe Fintherinnen, liebe Finther, sollten diese Zeilen Sie ein wenig neugierig gemacht haben, können Sie gern ein Exemplar der Festschrift unter ortsverein@spd-finthen.de bestellen. Wir schenken Ihnen die Broschüre, sind aber nicht böse, wenn Sie uns für den Liefer-Service mit einer kleinen Spende bedenken. Konto: DE75 5505 0120 0027 0003 63

Wahlkampf, was soll das?

Nein, wir glauben nicht, mit einem Kugelschreiber oder Luftballon Ihre Stimme einkaufen zu können. Und nein, wir hoffen auch nicht, Sie mit einem Apfel verführen zu können, Ihr Kreuz an der für uns richtigen Stelle zu malen. Aber wozu verteilen wir dann solche kleinen Geschenke? Nun ja, es würde schon ein wenig blöd aussehen, stünden wir einfach so an unserem Info-Stand und warteten bis Sie auf uns zukommen, um zu fragen, wen Sie denn bitteschön wählen sollen. Die kleinen Give-aways, wie sie neudeutsch heißen, haben sich im Wahlkampf bewährt, weil sie der einen oder dem anderen einen

Anknüpfungspunkt bieten, mit den Partei-Vertreter/innen ins Gespräch zu kommen.

Das ist es nämlich, was wir mit den Info-Ständen bezwecken: Wir möchten gern mit Ihnen ins Gespräch kommen, wir möchten mit Ihnen über Politik reden. Weil Politik alle angeht und weil Sie mitentscheiden, in welche Richtung das Boot der Demokratie, in dem wir alle sitzen, gelenkt wird. Ja, wir alle sitzen nicht nur in dem Boot, wir alle steuern es auch. Das sollten besonders diejenigen bedenken, die das Wählen für überflüssig halten. Wer sich der Wahl enthält, wählt dennoch – das sollte sich allmäh-

lich herumgesprochen haben. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass Nichtwähler gerade den Parteien einen Vorteil verschaffen, die sie am allerwenigsten wählen würden. Da ist es doch besser, sich ein paar Gedanken zu machen und dann per Stimmzettel eine bewusste Entscheidung zu treffen.

Unser Angebot: Reden Sie mit uns! Sich Gedanken zu machen, geht ganz gut im Dialog. Zu diesem Zweck sind wir mit Info-Ständen an den vier Samstagen vor der Wahl für Sie da, jeweils von 9.30 bis 12.00 Uhr. Am 20. Februar und am 12. März sind wir am „Dalles“ (Kreuzung Poststraße/Kirchgasse/

Jungenfeldstraße), am 27. Februar und 5. März stehen wir vor der alten Markthalle. Doris Ahnen, unsere Wahlkreiskandidatin, wird am 27. Februar und am 12. März am Stand sein.

Übrigens, die überwiegende Mehrheit derjenigen, die sich am Wahlkampf beteiligen, macht das ehrenamtlich.



Impressum/Kontakt

Seiten 1 und 4 herausgegeben von der SPD Finthen

■ Gerd Kallweit
Verantwortlicher

■ Marc Bleicher
Ortsvereinsvorsitzender
Ortsverein@spd-finthen.de